

Arbeiter-Kämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeugungspreis: (bei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Reichsstraße 1 und Redaktion: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neuzeit gepaltene Non-arrillseite oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Annoncenseite einschließlich an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewehrung steht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 4. November 1929

Nummer 257

Millionenverluste der Beamtenbank

Neuer Skandal aufgedeckt / Polizeiprovokationen in Berlin und Krefeld / Französische Regierung gebildet / Habib Lillah hingerichtet

Die Schuldigen:

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten machen gemeinsame Geschäfte!

Von unserem Berliner Mitarbeiter

Berlin, den 3. November.

In den Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte (B. m. b. H.) sind, wie sich jetzt herausstellt, gleichermäßen Sozialdemokraten wie Nationalsozialisten verwickelt. Die Tatsache, daß die leitende Bankleitung dem längst entmündigten Hofenkreuzler-Prinzen August Hohenlohe Lehningen einen Kredit von 1,3 Millionen Mark gegen Verpfändung wertvoller Gemälde gewährte, daß Spekulantenhafte Subjekte wie der Jugoslawe Karstisch unbegrenzte Summen erhielten, hat bei den mehr als 16 000 schwerbetroffenen unteren und mittleren Beamten berechtigten Zorn und Empörung hervorgerufen. In Wirklichkeit beläuft sich der

Verlust der Bank auf ein Vielfaches der bisher zugekauften Summe von 1,7 Millionen

Mark (1,3 Millionen an den Prinzen und 400 000 Mark an Karstisch verschleudert). Denn die Einlagen der Beamten betragen ungefähr 12 Millionen, und eigenes Kapital hatte die Bank an 6 Millionen, so daß ihre gesamte Kapitalmacht sich auf ungefähr 18 Millionen belaufen hat. Selbst wenn wir die 5 1/2 Millionen Sicherheit in Rechnung stellen, die noch vorhanden sind, so bleibt doch eine ungeheure Summe, über deren Verbleib überhaupt nichts bekannt ist und keine Auskunft gegeben wird.

Wie wir aus durchaus glaubwürdiger Quelle erfahren, hat die Direktion der Bank mit Wissen des Vorstandes wilde Spekulationsgeschäfte für ihre eigene Tasche gemacht. Betrüblicher Sachlage sind schon heute erwiesen, ist doch dem Vorstand seit Monaten bekannt gewesen, wie laus die Bank stand. Trotzdem haben sich die Vorstandsmitglieder die Gehälter von über 6000 Beamten vom Polizeipräsidium und der Oberpolizeidirektion überweisen lassen und dann die Kassen geleert. Wie ist das alles möglich gewesen?

Seit über einem Jahre ist die Verwalterregierung durch den Beamtenauschuh der Verluste Schutzpolizei und den unsonderbaren Manipulationen der Bank für Deutsche Beamte unterrichtet.

Soll das Verwalterkabinett auch nur das geringste unternommen? Nein! Die Herren Minister haben geschwiegen, allen voran die Sozialdemokraten Braun und Gieseler. Sie wollten wohl nicht die übermächtigen Geschäfte hören, die von zahlreichen Sozialdemokraten mit der extrem nationalistischen Leitung der Bank getätigt wurden.

Es handelt sich dabei um den Beamten-Verband des Sozialdemokraten Beznaref, der durchaus freigewerblich-ökonomischen Charakter trägt und auch dem freigewerblich-ökonomischen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist. Auffallenderweise hat der Beznaref-Verband jedoch sein Konto nicht bei der Bank für Arbeiter und Angestellte, wie alle freigewerblich-ökonomischen Organisationen, sondern bei der jetzt verfallenen Bank für Deutsche Beamte. Warum geschah das, und warum wurde nun von dem Sozialdemokraten Beznaref die Mitgliedschaft dazu gekündigt, ihr Geld bei einer Bank anzulegen, deren Leitung aus ihrer hofenkreuzlerischen Gesinnung kein Hehl macht? Darum,

weil die Bank den Vertrauensleuten — alles kramme SPD-Männer und größtenteils Reichsbannermitglieder — 3 Mark für jeden neu zugeführten Ruben zahlte.

So wurde der Beznaref-Verband gekauft, so haben SPD-Funktionäre ihre Kollegen an päpstliche Kanister verschickert, pro Kopf 3 Mark! Und bei diesen 3 Mark ist es nicht einmal geblieben.

Ein klassischer Beispiel sozialdemokratischer Korruptionsgemeinschaft mit den Faschisten bietet selbst der Skandal-Finanzfond der letzten Zeit erkennen, daß es sich um Verschwendung des ganzen Geldes handelt, und daß gegen das System der Korruption entschieden werden kann durch politisches Notum am

17. November für die Wähler der Kommunistischen Partei!

Sie ist die einzige, die unabhängig von einzelnen abgleitenden Elementen ihren Kampf gegen dieses System führt, während alle anderen Parteien, hauptsächlich die der Faschisten und Anhänger der Kapitalisten, als Ganzes in diesem Kampf stehen, der ihnen ja erst Erziehungsmöglichkeiten gibt. Wirkliche Ausbreitungsfelder gegen das Korruptionsregime können allerdings nur unter proletarischem Diktator durchgeführt werden.

Das beweist das Beispiel Sowjetrußlands

in dem systematisch Korruptionsmilitanten aus merkwürdigen Stellen entartete Elemente aus dem Staats- und Parteiapparat auftrieben und mehr dem — den sie überführten. In Deutschland, dem kapitalistischen Staat, beherrschen diese Elemente noch das Feld. Sie werden es beherrschen, bis die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung erkannt hat, daß die Opfer der proletarischen Revolution gebracht werden müssen, wenn nicht Millionen langsam, aber sicher verrotten sollen. Dieser Erkenntnis gilt es, auch bei den kommenden Kommunalwahlen politisch Ausdruck zu geben.

Der Stellvertreter



Die Geschäfte des Oberbürgermeisters Böll werden jetzt bis auf weiteres von Bürgermeister Schölk (unter Bild) geführt. Welche?

Neue Provokationen in Berlin

Schupo dringt in Massenfundgebung ein!

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

In der am geizigen Tage stattgefundenen Massenfundgebung der roten Fahne im Zirkus Busch kam es zu wilden Ausschreitungen der Polizei hinter der Bühne. Als einige rote Frontkämpfer in voller Uniform auf die Bühne treten wollten, wurden sie von der anmeldeuden Schupo daran gehindert. Mit aller Macht versuchten die Schergen Jörgelins die Massenfundgebung durch Stutzen zu verhindern. Der fast 4000 Versammelten bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, doch konnte durch das Auftreten unserer Genossen verhindert werden, daß die Polizeiprovokationen in eine Panik ausarteten.

In den Nachmittagsstunden kam es in Pantow und in der Köpenicker Straße zu Provokation der Faschisten, bei denen die Faschisten in die Mäute geschlagen wurden.

November-Demokratie

Jugoslawischer Kundgebung unterem Sammitzpußel

Krefeld, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Trotz Verbotandrohungen des dem Zentrum angehörenden Polizeipräsidenten Stöck marschierten gestern nachmittags 16 Uhr

die Jungkommunisten gemeinsam mit der Krefelder Jungarbeiter-Schaft zu einem Jugendtag auf dem Karlsplatz auf. Über 2000 Personen füllten den Platz. Die Polizei und mehrere Hofenkreuzerbanden verübten unerbittliche Provokationen. Die faschistischen Banden wurden jedoch durch die Jungarbeiter-Schaft schnell verjagt. Die Kundgebung wurde von der Polizei von drei Seiten durch Polizeibeamte umstellt. Mächtig kitzelten von einer Seite einige Hundertfaschisten, die Kommunisten auf Schwänze, auf die Kundgebungssteine, Frauen Jugendpolizei und Kinder wurden brutal niedergeschlagen und übermannt. Dem Hilfte eine Polizeibeamte die Mäufelstreppe hinauf, wo der Referent, Bandenabgeordneter Trostent, während seiner Rede unter Bruch der Immunität verhaftet, mißhandelt und weggeschleppt wurde. Die Reihen der Jungkommunisten standen wie eine Mauer. Keiner wich vor den Polizeibeamten zurück. Daraufhin erfolgte die Verhaftung von 210 Jungkommunisten. Außerdem wurden 15 Frauen und Transparente und eine Arbeitermusiktruppe beschlagnahmt. Verbotswidrige Empörung bemächtigte sich der Versammelten. Immer wieder und wieder ertönten Protestrufe und der Gelang revolutionärer Kampflieder auf dem Platz. Die Verhafteten wurden auf bereitstehende Autos geladen. Von den Autos herunter wurden Anreden gehalten, Geschwüre gesprochen und Kampflieder gesungen. Bei der Abfahrt der Verhafteten zur Polizeistation ertönten immer wieder Protestrufe der versammelten Jungarbeiter. Die Polizei schlug auf die verhafteten portierlosen Jungarbeiter brutal ein und verhaftete noch eine große Anzahl von diesen Arbeitern. In der Polizeikaserne wurden die Verhafteten vernommen und erst nach 21 Uhr wieder entlassen. Die auswärtigen verhafteten Kundgebungssteilnehmer wurden mit politischer Bedienung aus Krefeld hinausgeführt.

Rechtsregierung in Frankreich

Paris, 4. November.

Die heutzutage Regierungsfreie hat ihren vorläufigen Abschluß in der Richtung gefunden, in der an allen Mandatoren der letzten Tage zu erwarten war: der bisherige Innenminister Lardieu, der Hauptvertreter des antisozialistischen Errors, hat nach dem Scheitern der linksbürgerlichen Kandidaten den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen und praktisch bereits mit Erfolg erledigt. Die neue Regierung wird sich in ihrer Zusammenlegung, wie ihrer Parlamentsmehrheit nach mit der früheren Poincaré-Regierung praktisch decken. Sie wird, wie alle Berichte übereinstimmend betonen, eine verkürzte Mittelklasse-Schicht des Staates, also eine veraltete Unterdrückungskampagne gegen das revolutionäre proletarische Element. Die Mandatäre, die mit den Vorkandidaten unternommen wurden, hatten nur den Zweck (der von Lardieu sehr bewußt und geschickt verfolgt wurde), trotz der theoretischen Mehrheit der Vorkandidaten für die Unterdrückung der Rechtsregierung reif zu machen, indem ihre Unfähigkeit zur Bildung eigener Regie-

rung demonstriert wurde. Dieses Ziel ist weitgehend erreicht, im Lager der Radikalen wie der Sozialdemokratie ist nur eine gründliche Verwirrung erzielt worden. Gegen den radikalen Partei-sitzenden Daladier wußte in der eigenen Fraktion um Lardieu bereits ein Misstrauensvotum angenommen worden, und alle bürgerlichen Parteien, bis zur Sozialdemokratie, drängen sich nun, offen oder verhüllt, in Form der Regierungsbeteiligung oder der „lokalen Opposition“ an den Bürgerblock heran. Lardieu ist sich der Stärke seiner Stellung durchaus bewußt. Er gibt öffentliche Erklärungen darüber ab, daß er seine Regierung nicht im Einvernehmen mit den Parteien, sondern durch direktes Herantreten an die geeigneten „Persönlichkeiten“ bilden und es dem Parlament überlassen werde, zu der fertigen Regierung Stellung zu nehmen, die damit von vornherein eine gewisse Selbständigkeit gegenüber dem Parlament beansprucht. So bedeutet die Lardieu-Regierung einen neuen Schritt auf dem Wege der Faschisierung — aber andererseits auch der Zulipfung der Klassenkämpfe und der Radikalisierung der Massen.